

„Freie Wähler stellten den Antrag“

Leserbrief über Hauptamtlichkeit des Gemeindeoberhaupt hatte ein Nachspiel

Mamming. (ez) Bürgermeisterin Irmgard Eberl bezog Stellung zu einem vor kurzem veröffentlichten Leserbrief. Der Schreiber thematisierte kritisch die jetzige Hauptamtlichkeit des Bürgermeisteramtes und Stellenbesetzungen in der Verwaltung.

Die Tatsache, dass das Bürgermeisteramt durch das Wachsen der Gemeinde immer arbeitsintensiver und komplexer ist, sei von allen Fraktionen erkannt worden. Gemeinderat Peter Widl von den Freien Wählern habe in der vorherigen Amtsperiode den Antrag gestellt, dass der künftige Bürgermeister sein Amt berufsmäßig ausüben solle. Dies sei in der Gemeinderatssitzung im Dezember 2019, also noch vom vorherigen Gemeinderat, von allen Fraktionen befürwortet und einstimmig so beschlossen worden, führte sie aus.

Ludwig Meindl geht nächstes Jahr in Ruhestand

Der Leserbrief erwecke den Eindruck, die Verwaltungsgemeinschaft Mamming-Gottfrieding schaffe neue Stellen für die Assistenz im Vorzimmer und das Bauamt. Diese Darstellung sei falsch. Durch die Wahl von Irmgard Eberl zur Bürgermeisterin wurde die Stelle der Assistenz der Geschäftsleitung frei.

Von dieser Position aus wurde bisher – und wird auch in Zukunft – die Arbeit des Geschäftsstellenleiters, des Gottfriedinger Bürgermeisters und des Mamminger Bürgermeisters unterstützt. Die Assistenzstelle im Vorzimmer sei für einen reibungslosen Geschäftsbetrieb weiterhin notwendig. Die Stelle wird voraussichtlich ab 1. Oktober



Die Verwaltungsräte der VG Mamming-Gottfrieding.

2020 mit einer neuen Mitarbeiterin besetzt werden.

Der langjährige Geschäftsstellenleiter der Verwaltungsgemeinschaft Mamming-Gottfrieding, Ludwig Meindl, erreicht im April 2021 sein Regelpensionsalter und wird in den Ruhestand treten. Die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft hat bereits in der vorherigen Wahlperiode im April 2020 seine Nachfolge geregelt und beschlossen. Der derzeitige Bauamtsleiter, Alexander Rößler, wird ihm ab 1. Mai 2021 als Geschäftsstellenleiter folgen. Dadurch wird seine bisherige Stelle als Bauamtsleiter frei und muss neu besetzt werden. Der Beschluss, aufgrund der vielfältigen Bauangelegenheiten der beiden Gemeinden einen separaten Bauamtsleiter in der Verwaltung zu installieren, wurde bereits Anfang 2019 gefasst.

In diesem Zusammenhang stellte Bürgermeisterin Irmgard Eberl auch noch klar, dass es unwahr sei, dass Altbürgermeister Georg Eberl von ihr als 450-Euro-Kraft für die Gemeinde angestellt wurde und dieser im Rathaus ein- und ausgehe. Diese Frage wurde in der vergangenen Gemeinderatssitzung von einem Gemeinderatsmitglied aufgeworfen. Dies seien absurde und frei erfundene Behauptungen. Sie forderte auf, ihr die Namen der Personen zu nennen, die diese Gerüchte verbreiten und diese Unterstellungen zu unterlassen.

Weiter informierte Bürgermeisterin Eberl, dass die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Mamming in der Sitzung vom 23. Juni 2020 den Bedarf erkannt hat, dass weiterer Personalbedarf in der Verwaltungsgemeinschaft gegeben ist. Das Gremium

stellte fest, dass durch neue Aufgaben im Sitzungsdienst für die drei Gremien, die Übernahme des Kindergartens Mamming, Stellvertretungen im Haus und weiterem ein weiterer Personalbedarf abzudecken sei. Mit dieser nun ausgeschriebenen Stelle wird der weitere reibungslose Ablauf in der Verwaltung gesichert und man entspricht außerdem dem empfohlenen Personalschlüssel. Weiter wurde einstimmig beschlossen, für 2021 einen Ausbildungsplatz anzubieten. Die VG nimmt damit als Ausbildungsbetrieb der öffentlichen Hand seine notwendige Vorbildfunktion wahr.

Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft

Die beiden Gemeinden Mamming und Gottfrieding teilen sich eine gemeinsame Verwaltung mit Sitz im Rathaus Mamming. So werden Kosten durch Synergieeffekte eingespart. Das Verwaltungspersonal ist für beide Gemeinden zuständig und ist bei der Verwaltungsgemeinschaft Mamming-Gottfrieding angestellt. Personalentscheidungen, wie beispielsweise Stellenausschreibungen, werden von der Gemeinschaftsversammlung, dem Gremium der Verwaltungsgemeinschaft, getroffen. Die Gemeinschaftsversammlung ist mit Mamminger und Gottfriedinger Gemeinderatsmitgliedern besetzt. Diese sogenannten Verwaltungsräte werden von den beiden Gemeinderatsgremien entsendet. Anzahl und Besetzung bestimmen sich nach den Vorgaben der Verwaltungsgemeinschaftsordnung und der Gemeindeordnung. In der Amtsperiode 2020/2026 sind folgende Gemeinderäte in der Gemeinschaftsversammlung vertreten: Mamming: Hans Kohlmeier, Klaus Pleintinger, Hans Schmid, Peter Widl; Gottfrieding: Stefan Froschauer, Markus Meier, Josef Prebeck. Den Vorsitz in dieser Amtsperiode hat Gerald Rost, erster Bürgermeister der Gemeinde Gottfrieding, inne. Stellvertretende Gemeinschaftsvorsitzende ist Irmgard Eberl, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Mamming.

Es gibt noch weitere Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft Mamming und dem zugehörigen Entscheidungsgremium der Gemeinschaftsversammlung: Die Gemeinde Mamming und Gottfrieding teilen sich die Trägerschaft für die gemeinsame Grund- und Mittelschule unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft. Das bedeutet, dass die VG als Sachaufwandsträger für die Unterhaltung und Ausstattung der drei Schulhäuser Mamming, Gottfrieding und Buchbach zuständig ist sowie die Beförderungskosten der Grund- und Mittelschüler trägt. Ebenso fallen die gemeinsame Abwasserbeseitigung und das Ferienprogramm in die Zuständigkeit der Verwaltungsgemeinschaft.

„Vorwürfe sind unbegründet“

Stellungnahme zum Vorwurf der Wahlfälschung



Die Wahl in Mamming ließ die „Gerüchteküche“ brodeln (hier ein Archivbild von der Auszählung der Stichwahl).

Mamming. (ez) Nach dem ersten Wahlabend der diesjährigen Kommunalwahl wurde in Mamming mehrfach das Gerücht verbreitet, dass es bei der Wahl angeblich nicht mit rechten Dingen zugegangen sei.

Schließlich wurde nach der Stichwahl sogar Anzeige gegen Unbekannt bei der Polizei wegen Verdachts der Wahlfälschung anlässlich der Bürgermeisterwahl erstattet. Die erste Bürgermeisterin Irmgard Eberl berichtete in der vergangenen Sitzung des Gemeinderates, dass die ergangene Anzeige eines Bürgers durch die Staatsanwaltschaft Landshut überprüft wurde. Das eingeleitete Vorermittlungsverfahren wurde eingestellt, da keinerlei stichhaltige Anhaltspunkte vorlagen.

Die vorgebrachten Wahrnehmungen, Hinweise und Mutmaßungen über angebliche Auffälligkeiten und

Unregelmäßigkeiten bei der Wahl, sah die Staatsanwaltschaft weder im Einzelnen noch in der Gesamtschau als begründet an. Beispielsweise wurde vom Anzeigenersteller angeführt, dass es Briefwahlzettel für die Bürgermeisterwahl gegeben habe, bei denen ein Kreuz durchgestrichen und anschließend bei einem anderen Kandidaten gesetzt war. Auch die Tatsache, dass Briefwahlunterlagen mit einem Klebestreifen verschlossen waren, wurde als Auffälligkeit angegeben. Die Staatsanwaltschaft sah es vielmehr als wahrscheinlich an, dass die jeweiligen Briefwähler selber ihre ursprünglich getroffene Wahlentscheidung noch vor Abgabe der Wahlunterlagen abgeändert haben und sich einige Briefwähler dazu entschieden haben, den Wahlumschlag eben mit Klebestreifen zu verschließen. Ebenso erwiesen sich



Bürgermeisterin Irmgard Eberl informierte und appellierte.

alle weiteren vorgebrachten „Wahrnehmungen“ als unbegründet. Die Staatsanwaltschaft sah daher für ein Ermittlungsverfahren keinen Anlass. „Es ist zu bedauern, dass unbegründete Spekulationen dem Ansehen unserer Heimatgemeinde geschadet haben. Unschuldige Personen und Mitarbeiter der Verwaltung wurden in ein negatives Licht gerückt und das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung gefährdet“ so Bürgermeisterin Eberl. Sie appellierte, nun schnellstens den Wahlkampf hinter sich zu lassen, sich auf die Sacharbeit im Gemeinderat zu fokussieren, um zum Wohl der Bürger und der Gemeinde arbeiten zu können. Schließlich habe man dafür den Wählerauftrag erhalten. Für diesen Schlussappell erhielt sie Applaus vonseiten der Zuschauer und auch aus den Reihen des Gemeinderates.